

Merseburger Correspondent.

Erscheinung täglich

mit Ausnahme der Tage nach dem Sonn- und Feiertagen) früh 7 1/2 Uhr. Telephonisch Nr. 8.

Regelmäßige Beilagen:

Illustriertes Sonntagsblatt, Mode und Seim, Landwirtschaftliche und Handels-Beilage.

Abonnementspreis

für das Quartal: 1 Mark bei Abholung, 1 Mark 20 Pf. durch den Fernträger, 1 Mark 25 Pf. durch die Post.

Nr. 116.

Donnerstag den 19. Mai.

1898.

Des Himmelfahrtstages wegen erscheint die nächste Nummer unseres Blattes Sonnabends, 21. Mai. Die Expedition.

Freiheit der Wahlbeeinflussung.

In dem Bericht der Wahlprüfungscommission des Reichstags über die Ergebnisse der Wahlfürungen in der letzten Legislaturperiode sind die für das Wahlergebnis erheblichen Grundzüge zusammengefasst, über welche die Commission und der Reichstag sich bei der Beurteilung der Verträge gegen Bestimmungen des Wahlgesetzes und des Wahlreglements geeinigt haben. Die „Hamb. Nachr.“ unternehmen es, diese Grundzüge zu prüfen, obgleich sie selbst eingestehen, daß der Reichstag selbst in dieser Frage letzte Instanz ist und voraussichtlich der nächste Reichstag an diesen Grundzügen festhalten werde. Sozieweit das der Fall ist, bleibt abzuwarten. Sollten die Auffassungen, welche namentlich, soweit die Beteiligung der Beamten an dem Wahlkampf in Frage kommt, die „Hamb. Nachr.“ vertreten, im Reichstage zur Geltung kommen, was bei dem Siege der agrarischen Reaction unabweisbar der Fall sein würde, so wäre es mit der Wahlfreiheit in Deutschland oder wenigstens in Preußen zu Ende. Denn das Hamburger Blatt vertritt, und zwar unter Berufung auf den lgl. Erlass vom 4. Januar 1882, nicht die Freiheit der Wahl, sondern die „Freiheit der Wahlbeeinflussung“ nicht nur durch die Arbeitgeber, sondern — was die Hauptsache ist — durch die Staatsbeamten. „Freiheit der Wahlbeeinflussung, so wird behauptet, sei das Corrolat des allgemeinen Wahlrechts und ebenso sei es ein „unantastbares Menschenrecht“ andere zu beeinflussen oder sich von anderen beeinflussen zu lassen“. Hier wird eine moralische Beeinflussung des einen Wählers durch einen anderen vermittels Darlegung von Gründen verwechselt mit der Beeinflussung von Arbeitern durch Androhung von Entlassung oder Wohnungskündigung oder von Ehrenfolgen seitens der Arbeitgeber, sowie durch Controlirung der Abstimmung seitens einer Aufsichtsperson durch Begleiten bis zum Wahllokal oder durch Begleiten bis zum Wahlzimmer sowie durch die Nöthigung, die Stimmzettel hochzuhalten oder in einer bestimmten Hand zu tragen. Dem Beweise für diese Auffassung hat sich das Hamburger Blatt sehr leicht gemacht. Weil die in Rede stehenden Vorschriften nicht durch das Strafgesetzbuch für strafbar erklärt worden sind, sollen sie zwar bedauerlich oder verwerflich sein; unantastbar sollen nur solche Mittel sein, deren Anwendung gesetzlich verboten! Wäre das richtig, so würde das Wahlgesetz in allen seinen Bestimmungen preisgegeben; an die Stelle der Wahlordnung würde die vollkommene Wahlanarchie treten. Gleiche Vorbehalte macht das Hamburger Blatt gegen den Grundzug der Wahlprüfungscommission des Reichstags, daß es eine unzulässige Beeinflussung sei, wenn Landräthe Wahlaufrufe zu Gunsten einer bestimmten Partei oder eines bestimmten Candidaten unter Beifügung ihres Amtescharakters unterzeichnen, wenn sie Gemeindevorständen Privatpersonen Vortheile oder umgekehrt Nachtheile in Aussicht stellen, wenn sie in Kreislagern und Gemeindeversammlungen oder in Circularen für oder gegen einen Candidaten Stellung nehmen u. s. w. Die Auffassung sei unhaltbar und stehe in flagrantem Widerspruch zu dem bekannten Erlass Kaiser Wilhelm I., wonach Verwaltungsbeamte zur Vertretung der Regierungspolitik verpflichtet sind. Eine Zeitung, die dem Fürsten Bismarck so nahe steht, sollte in dieser

Hinsicht besser informiert sein. Der Erlass des Königs Wilhelm I. von 1882 trägt die Gegenzeichnung des Fürsten Bismarck und dieser hat als authentischer Interpret desselben in der Reichstags-Sitzung vom 24. Januar die Worte des Erlasses, die politischen Beamten hätten die Politik der Regierung zu vertreten, also interpretirt: „Ich verstehe darunter, sagte Fürst Bismarck, daß ein politischer Beamter bei aller Freiheit der Wahl, wenn er z. B. fortschrittlich wählen wollte, doch der Verpflichtung nicht überhoben wäre, Lügen, was ich vorhin „politische Brunnenergüßung“ nannte, zu widerlegen nach seinem besten Gewissen, und wenn es ein Mann von Ehre ist und von Gewissen, so wird er das wahrscheinlich thun und sagen: ich gehöre nicht zu der Partei der Regierung, ich bin gegen sie, aber das ist nicht wahr, das ist eine Uebertriebung.“ Von einer Verpflichtung der Beamten, für einen regierungsfeindlichen Candidaten einzutreten, ist weder in dem Erlass selbst, noch in dem Commentar des Fürsten Bismarck zu demselben die Rede. Der Wahlprüfungscommission wird das Recht, Wahlen zu beanstanden, die mit Hilfe von Regierungsdruk zu Stande gekommen sind, nicht bestritten werden können. Im übrigen wäre es sehr wünschenswert, wenn der Erlass vom 4. Januar 1882 den politischen Beamten ins Gedächtnis zurückgerufen würde. Die Landräthe würden vollaus zu thun haben, wenn sie die falschen Behauptungen der Agrarier über die Regierungspolitik, das, was Fürst Bismarck „politische Brunnenergüßung“ nannte, öffentlich berichtigten wollten, anstatt an der Spitze der Agrarier gegen die liberalen Candidaten zu agitiren. Dazu würden die Beamten freilich erst im Stande sein, wenn man genau wüßte, welches die Politik der Regierung ist oder vielmehr, welche Minister die Regierungspolitik vertreten. Wie heute die Dinge liegen, weiß Niemand, ob der agrarische oder der liberale Candidat die Regierungspolitik repräsentirt.

Der spanisch-amerikanische Krieg.

Der „New York Tribune“ wird aus Washington gemeldet: Admiral Sampson benachrichtigte am Montag die Marineverwaltung, er habe beschlossen, nach dem Süden zu gehen und dort die Kriegsschiffe so aufzustellen, daß sie die Zugänge nach Santiago und Cienfuegos decken, dort die Landung von Vorräthen für die Garnison verhindern und gleichzeitig das schwache südliche Hofadegeschwader verhaften.

Eine Schiffskatastrophe wird aus Cardenas auf Kuba gemeldet. Als am Montag eine mit 17 Mann besetzte (spanische?) Kriegsschuluppe aus dem mit Torpedos belegten Gewässern hinausfahren wollte, kam in Folge eines falschen Manövers ein Torpedo zur Explosion. Alle 17 Mann kamen ums Leben.

Ein neues spanisches Geschwader scheint in den westindischen Gewässern aufzutreten. Wie nämlich eine Drahtmeldung des New-Yorker „Evening Journ.“ aus Washington besagt, ist dem Marineministerium die Nachricht zugegangen, daß drei spanische Fahrzeuge auf der Höhe von Martinique bemerkt worden seien. Man glaube, daß es „Princesa de Asturias“, „Cataluna“ und „Cardinal Cisneros“ gewesen seien.

Ueber die Bewegung der beiden feindlichen Geschwader werden in Zukunft noch spärlichere Nachrichten einlaufen als bisher. Die Regierung der Vereinigten Staaten hat den atlantischen Kabel-Gesellschaften Anweisungen gegeben, keine Depeschen über die Bewegungen der Kriegsschiffe der Vereinigten Staaten zu befördern und keine Auskünfte über die bevorstehenden Depeschen der Kriegsschiffe zu geben.

Auf Kuba hat General Blanco in entgegenkommender Weise den Vorstellungen des ameri-

kanischen Offiziers Brinard hinsichtlich der Freilassung zweier Correspondenten Newyorker Blätter entsprochen. Zwei kriegsgefangene spanische Offiziere werden unter weißer Flagge nach Havanna entsandt und gegen die Correspondenten ausgetauscht werden.

Der zur Leitung der Philippinen-Expedition bestimmte amerikanische General Merritt scheint von dieser Ernennung wenig erbaut zu sein. Wie das „Wolffsche Bureau“ aus Newyork meldet, erklärte General Merritt am Montag in einer Unterredung, er habe, da bei der für die Philippinen bestimmten Streitmacht von 15 000 Mann nur 1000 Mann reguläre Truppen seien, und keine Zeit zum Einereignen der Freiwilligen übrig sei, weitere 4000 Mann reguläre Truppen gefordert. Den Posten des Befehlshabers über die nach den Philippinen zu sendende Expedition habe er nur unter der Bedingung angenommen, daß er über eine hinreichende Streitmacht verfüge. Die Regierung habe ihm die Sendung von mehr Regularien versprochen, indessen hänge bei solchen Expeditionen alles von der zuerst abgeordneten Truppenmacht ab.

Gegen eine etwaige Annexion der Philippinen seitens der Unionstaaten hat sich nach einer Petersburger Meldung des „Daily Telegraph“ Japan an Rußland gemeldet mit dem Gesuch, einen Protest gegen diese Annexion zu unterstützen.

Die spanische Ministerkrisis hat trotz der gebotenen Eile ihre Erledigung noch nicht gefunden. Der „Voss. Ztg.“ wird aus Paris gemeldet: Nach Madrider Berichten ist die Ministerkrisis und Kabinetneubildung keineswegs von dem Hintergedanken verrückt, Friedensverhandlungen beginnen zu können; zur Zeit ist noch immer keine spanische Regierung stark genug, um wagen zu dürfen, vom Frieden auf anderer Grundlage als der des status quo zu sprechen. Die öffentliche Meinung Spaniens giebt sich in Folge der Rede Chamberlains neuen Träumereien von einem Bündnis aller feindlichen Mächte unter Rußlands Führung gegen England und Amerika hin.

Politische Uebersicht.

Oesterreich-Ungarn. Der von der „Frankf. Ztg.“ am Montag Abend veröffentlichte sensationelle „Staatsvertrag“ zwischen Rußland und Oesterreich wird heute bereits von offizieller Stelle als vollständig erkundet bezeichnet. Auch die Wiener „Neue Fr. Pr.“, die mit dem Auswärtigen Amte gute Beziehungen unterhält, sagt: Das Ergebnis der Aussprachen des Kaisers Franz Josef mit dem Zaren und des Grafen Soluchowski mit dem Grafen Murawiew im April v. J. in Petersburg sei gewesen, daß zwischen Oesterreich-Ungarn und Rußland ein unüberbrückbarer Interessengegensatz nicht bestehe, daß die beiden großen Monarchien die Erhaltung des Friedens auf Grundlage des status quo auf der Balkanhalbinsel anstreben und zu diesem Behufe gemeinsam vorgehen wollen. Die so herbeigeführte „Entente“ sei an keinerlei Fests gebunden. Da ein Staatsvertrag nicht bestehe, könne darin natürlich auch keine Abgrenzung der Interessensphären erfolgt sein, ein Gedanke, der in einem viel früheren Zeitabschnitte aufgetaucht sei.

Italien. In Italien „hält die Anhe im ganzen Königreich an“. Der sozialistische Abgeordnete Beselli hatte auch am Montag den Monte Citorio noch nicht verlassen. — In Mailand sind die Skapuzinermönche, welche nach einem Sturm auf ihr Kloster verhaftet waren, vollständig außer gerichtliche Verfolgung gesetzt worden. Die Zahl der Todten in Mailand wird auf 78 angegeben, wovon 8 noch nicht erkannt sind, darunter befinden sich 10 Frauen, 2 Kinder unter 10 und 6 unter 15 Jahren, 10 unter 20 Jahren. — In Pontechiasso traf am

** Dem Bericht aus der Landwirthschafts-kammer für die Provinz Sachsen über thätiglich erzielte Getreidepreise entnehmen wir die folgenden unsern Kreis betreffenden Notizen für den 17. Mai. Die Preise betragen sich pro 100 Kilogr.: Roggen 16,00—18,40 M., Gerste 16,50—21,00, Hafer 16,00—20,00 M.

Der Himmelfahrtstag.

± Der Himmelfahrtstag ist einer von den beweglichen Festtagen der christlichen Kirche und fällt stets auf den 40. Tag nach Ostern. Im Anfang des Christenthums wurde er nicht als ein besonderer Festtag ausgezeichnet; er war eben jenen 50 Tagen einverleibt, die man von Ostern bis Pfingsten feierlich beging.

Seit dem Anfange des 4. Jahrhunderts jedoch wurde eine besondere Feier des Tages üblich. Die frommen Kirchenväter, unter ihnen besonders Hieronymus, veranlaßten, daß man in den Kirchen das Fest durch anschauliche Schilderung der biblischen Thatfachen theatralisch ausstellte. Albers erzählt in seiner „Festpolitik“ hierüber folgendes: Gewöhnlich wurde am Himmelfahrtstage auf einem erhöhten Raume in der Kirche, den Delberg darstellend, ein großes Christusbild aus Holz aufgestellt, welches mit Stricken an der Dede befestigt war. Nach einem feierlichen Umgange, wobei der 122. Psalm gesungen wurde, führten Priester und Gemeinde, welche die Jünger darstellte, ein Zugegespräch. Der Priester sprach: „Ich fahre auf zu meinem Vater und zu eurem Vater.“ Hierauf sang die Gemeinde die „Himmelfahrtsleise“:

„Gehst du gen Himmel,
was lant er uns wieder?“
er sendet uns den heiligen Geist
zu trösten der armen Christenheit!
Herrlichkeit!“

Die Weibrandschämpfe umhüllten unterdessen das Bild mit einer Wolke und nun zog man dasselbe in die Höhe, was die Himmelfahrt vorstellen sollte. Alle Anwesenden beobachteten dabei mit ängstlichen Mienen die Richtung, nach welcher sich das Gesicht der Figur wandte; denn aus jener Himmelsgegend sollten im bevorstehenden Sommer die Gewitter heraufziehen. Zwei Männer in weißen Kleidern kamen dann vom Altar her und verkündeten der Gemeinde die einstige Wiederkehr des Aufgefahrenen. Auf dem Kirchboden vernahm man nun einen Höllenlärm — den Kampf des Hellscham mit dem Teufel bedeutend. Zum größten Jubel der Anwesenden fiel mit einemmale eine mit allerlei Farben bunt bemalte Buppe herab — den Sturz des Teufels darstellend. Da es vor allem die Kinder waren, die staunend den wunderbaren Vorgang betrachteten, wurde auf diese Gläubigsten unter den Frommen allmählich Rücksicht genommen. Aus einer Deckung der Kirchendecke schüttete man für sie Obst und Blumen herab. Eine große Erregung entstand dann unter dem jungen Volke, und die Jungen begannen sich um die unerwarteten Himmelsgaben zu balgen; aber oft trennte dann den Knäuel der Kämpfenden ein reichlicher Wasserzug von oben.

In unseren Tagen wird Himmelfahrt der biblischen Würde und Bedeutung entsprechend in Stille und mit stilligem Ernst gefeiert. Dadurch, daß der Herr seinen Jüngern kurz vor seiner Aufahrt „Matthäi am letzten“ den ausdrücklichen Befehl gab, in die Welt zu gehen und „alle Völker“ durch Lehre und Taufe für das Reich Gottes zu gewinnen, ist dieser Tag gleichsam der Geburtstag der christlichen Missionsthätigkeit geworden.

In der katholischen Kirche wird bei dem feierlichen Hochamte nach erfolgtem Abfingen des Evangeliums die flammende Dreierkerze ausgelöscht, eingedenk des Abfingens, den „das Licht der Welt“ an diesem Tage von der Erde nahm.

Unser heidnischen Vorfahren war der Tag, an welchem wir Himmelfahrt feiern, ebenfalls heilig. Ursprünglich war es nämlich ein dem Donar geweihtes Fest. In aller Frühe wanderten sie auf die Berge der Umgegend, um ihren Gott hier in düstern Hainen, „nahe dem Himmel“ zu verehren.

Nach einem schwäbischen Aberglauben macht die Sonne am Morgen des Himmelfahrtstages bei ihrem Aufgange drei Freudenbrünne, weshalb noch jetzt die begeisterte Bevölkerung schaarenweise auf die Berge zieht, um dies seltene Naturereignis zu beobachten. Die Neulinger begaben sich in früherer Zeit schon um Mitternacht mit Fackeln auf die Berge und ließen große Wäusel erschallen, sobald die aufsteigende Sonne sichtbar war. Die Himmelfahrt in die schönste Frühlingszeit fällt, strebt auch heute noch Jedermann, wenn das Wetter es irgend zuläßt, aus den dumpfen Mauern der Stadt hinaus in Gottes freie, schöne Welt, allerdings frei von dem Aberglauben früherer Zeiten.

Ehedem fanden am Himmelfahrtstage auch „Flurgänge“ statt, um die Fluren zu weihen und sie dadurch vor den üblen Werken der finstern Geister

zu schützen. Der Zug begab sich um die Saatfelder oder durch die Gemarungen und machte an vier Stellen Halt. Jedemal wurde ein Abschnitt aus dem Evangelium vorgelesen und der übliche „Wettersegen“ gesprochen. Dem Zuge voran wurde ein Kreuz getragen, weshalb die Himmelfahrtswache auch den Namen „Gang, Wei- oder Kreuzwache“ erhielt. Jetzt werden Flurgänge noch vielfach zu Pfingsten auf den Dörfern veranstaltet, aber lediglich deshalb, um die Grenzsteine zu prüfen und veracerte neu zu setzen.

Einen ähnlichen Zweck — nämlich um ein fruchtbares Jahr zu bitten — verfolgt man in vielen Gegenden Schwabens mit dem „Eintritt“, wie er unversähtlich noch in Weingarten und Altdorf zu finden ist. Man trägt auf Himmelfahrt einen eingefakten Kropfen des heiligen Wines in feierlichem Gange durch die Wiesen und Felder, um so auf diese Weise das Korn zu segnen und vor verwüsten Unwettern zu behüten.

In hiesiger Gegend genießt man am Himmelfahrtstage hauptsächlich auf dem Lande wohl in den meisten Häusern „frische Milch“, und wer auf dem Dache seines Hauses ein Ei, das an diesem Tage gelegt wurde bergen kann, der vermag sich und alle Bewohner des Hauses vor allen Uebeln zu schützen.

„Ein Bauer der alten Art
Trägt den Reiz bis Himmelfahrt“

sagten viele unserer Vorfahren, da nach ihrer Meinung erst von diesem Tage an auf anhaltendes mildes Frühlingswetter zu hoffen sei. Möchte es sich doch nun nach so anhaltender Maiträge einstellen! —

Aus den Kreisen Querfurt und Merseburg.

§ Querfurt, 16. Mai. Am Himmelfahrtstage ver sammelt sich die Bienenväter der Bienenzüchter-Vereine Querfurt, Naumburg, Vibra, Größ und Saubach Nachmittags 3 Uhr in Ribenburg. Der Vorsitzende des Vereins Querfurt, Lehrer Rönningheim, wird ein Referat geben über: „Welches sind die Grundgesetze zur Züchtung einer rationellen Bienenzucht?“ Daran wird sich ein Vortrag eines Vereinsmitgliedes anschließen über: „Warum muß ein Landwirth Bienenzüchter sein?“

§ Freyberg a. d. U., 16. Mai. Ein schwerer Unglücksfall trug sich am vergangenen Donners- tag in Buerstroda zu, indem der 86 Jahre alte Landwirth N. von der Leiter stürzte und außer drei Brüchen gefährliche innere Verletzungen erlitt. Der bedauernswürdige Mann gab nach kaum 48 Stunden seinen Geist auf.

Wetterwarte.

Vorausichtiges Wetter am 19. Mai. Zunächst trüb, kühl, regnerisch. Später wärmer, aufsteigend, trocken. — 20. Mai. Meist trocken, etwas wärmer, ziemlich heiter.

Vermischtes.

* (Das schwere Gewitter), das sich Freitag Nach- mittag über das Wuppertal entlad, hatte, wie schon kurz gemeldet, ein erstes Unglück im Gefolge. Der erste Miß- geschick trat in Elberfeld in einem Saalbau der chemischen Fabrik von Carl Neubaus am Abend, warf ihn bis auf etwa 3—4 Meter um und schenkte die Trümmer auf ein Fabrikdach, das zertrümmert wurde. Von den Steinern wurden drei im Innern des Gebäudes beschäftigte Arbeiter getroffen und einer schwer, die beiden anderen weniger schwer verletzt. Der Einmarsch des Schornsteins erfolgte unter furchterlichem Krachen und stülzte die ganze Umgebung mitunter in eine Rauchwolke. Noch entsetzlicher war die Wirkung des zweiten elektrischen Sturzes. Dieser schlug in einer, etwa eine Viertelstunde von der Neubaus'schen Fabrik entfernten Schornstein der Farbenfabriken vorm. Friedr. Bayer und Comp. und warf ihn bis zur Hälfte um. Auch hier durchschlugen die Trümmer ein Fabrikdach und trafen fünf Arbeiter. Einem, Namens Wirths, wurde der rechte Arm vom Körper abgetrennt, außerdem trug er einen schweren Schädelbruch, Wehrbruch und mehrere Rippenbrüche davon. Er war sofort todt. Zwei Arbeiter erlitten schwere und die beiden andern weniger erhebliche Verletzungen. Mehrere Aerie waren bald zur Stelle und leisteten die erste Hilfe. Einer der Verletzten ist inzwischen gestorben. Ein weiterer Blitz fuhr in die Brauerei von H. u. O. Geisenberg und betrafte drei Sündare, die dort Schuß gesucht hatten. Diese erholten sich bald wieder. Der Schaden, den die Blitzschläge an Fernsprecheinrichtungen in Elberfeld hervorgerufen haben, ist ganz gewaltig. Mehr als die Hälfte der Fernsprecheinrichtungen ist zerstört.

* (Was große Vögel) hat bekanntlich nach Neumarkt (Schlesien) die die „Bresl. Bg.“ erlitten, wurde es zu gleichen Theilen von Kaufmann Thomas in Neumarkt, Gastwirth Krensch in Diebort, Müller Frisöse in Dürich- wig und Inspector Koch in Jabobsdorf geteilt, so daß nach Abzug der 16. u. 6. staatlicher Abgabe auf jeden der vier Gewinner die Summe von 106 000 Mtl. entfällt.

* (Unglück zu See.) Der Dampfer „Alonbie“ aus Antwerpen ist am Sonntag Abend mit einem englischen Dampfer zusammengestoßen. Zwölf Personen sind ertrunken, neun wurden gerettet.

* (Wetterunfall.) Lieutenant Graf F. Königs- mard L., der bekannte Herrentreiter, kam am Sonntag im großen Dresdener Armeespadrennen bei Dresden so un- glücklich zu Fall, daß er in das Carolo-Krankenhaus gebracht werden mußte. Er hat eine Querschnitt des Lendenwirbels

erlitten; die Fortsätze des dritten und vierten Wirbels sind gebrochen, und es hat ein Bluterguß in den Kanal der Wirbelsäule stattgefunden. Trotz der schweren Verletzungen liegt eine unmittelbare Lebensgefahr nicht vor. (Die pontinischen Sämpfe.) Nach einer Drag- melung aus Rom nahm die Delegation der Deputirten der pontinischen Sämpfe das bekannte Projekt des preussischen Majors von Donatz-Kassel an. Dasselbe soll am 6. Juni der Generalversammlung vorgelegt werden. Hinter dem Projekt steht deutliches Kapital.

* (Wutthätigen.) In Karlsruhe wurde der Diensthof Wenzel aus Freiburg von dem Statisten Rehm aus Kolonia nach kurzem Wortwechsel auf der Straße erschlagen. In der gleichen Nacht wurde dort der Kanonier Kint nach vorangegangener Wirthshaus-Streit von dem Bahnarbeiter Schable aus Rheinbischofsheim in den Unterleib geschossen und tödtlich verletzt.

* (Durch einen Wirbelschmerz) ist die Stadt Vima in Niederländisch-Indien gerührt worden, wobei mehrere Hundert Einwohner umgelommen sind. (Schiffsunfälle.) Infolge Wirbelwindes kenterte am 17. d. M. ein Schifferboot. Vier Personen ertranken. — Der 943 Tons große englische Dampfer „Benholm“, nach Cardiff unterwegs, kam infolge Collision nahe Solihed. Der Kapitän und elf Mann von der Besatzung ertranken.

* (Bei einem Neubau) in Bromberg führte das Kellergerölde zusammen. Ein Maurer wurde getödtet, der Baumeister und ein Arbeiter verletzt. Der Unternehmer ist verhaftet worden.

* (Ein grauenhafter Mord) von aus Wallin, einer Station der Weichselbahn, vom Montag Nacht gemeldet. Der Stationskassirer, seine Frau und zwei Töchter wurden mit Nithelen ermordet, ein junger Sohn mit Messertischen tödtlich verwundet. Die Mörder, die in der Kasse größere Geldsummen vernahmten, sind entflohen.

* (Selbstmord.) In Bamberg ließ sich Stadt- baurath Findecker durch einen Schnellzug überfahren. Während des Selbstmordes fand heftige Rettungsangriffe, die gegen ihn wegen unläuterer Submissionsvergehungen erfolgt sind.

* (Die Prinzessin Luise von Koburg) ist nach amtlicher Mittheilung provisorisch unter Kuratel gestellt worden. Das Oberhofmarschallamt bestellte den Präsidenten der Abtheilung, Dr. Ritter v. Freimantel, zum provisorischen Kurator. Gründe für die Maßregel giebt das betreffende Edikt nicht an.

* (Der Kaiser) hat den in Neureudendorf wohnenden Eltern des in Kautzheim ermordeten Marfons Schulze ein von ihm selbst entworfenes Ehrenkistchen geschickt. Das künstlerisch ausgeführte Kistchen enthält ein Bildnis des Kaiserthums. Es. Joh. 16, S. 13. „Niemand hat größere Liebe, denn die, daß er sein Leben läßt für seine Freunde.“ Der Sendung war dem Oberstmann der Marine in Berlin ein Schreiben beigelegt.

Neueste Nachrichten.

Madrid, 18. Mai. (S. T. B.) Der Marine- minister hat dem Admiral Dis Besehl gegeben, am nächsten Montag die großen Kriegsschiffe „Pezago“, „Carlos V.“, sowie den Kreuzer „Alfonso XII.“ bereit zu halten, um von Cadix aus den Transpord- dampfern, welche 10 000 Mann nach Manila bringen sollen, das Geleit zu geben. Da Admiral Dewey diesen Schiffen entgegen zu fahren gedenkt, um dieselben in den Grund zu bohren, so ist es sicher, daß eine entscheidende Schlacht in den philippinischen Gewässern bevorsteht, in welcher die Spanier voraussichtlich den Sieg erringen werden.

London, 18. Mai. (S. T. B.) Daily Chronicle meldet aus Washington: Man habe keine Hoffnung aufgegeben, daß der Krieg zwischen Spanien und Amerika bald beendet werde. In politischen Kreisen ist man der Meinung, daß der Krieg ein Jahr andauern könne. — Aus Key-West wird gemeldet, daß man über die Bewegung des Geschwaders des Admirals Cervera keine Nachricht hat, nachdem dasselbe Curacao verlassen. Das Gerücht über die Ankunft eines zweiten spanischen Geschwaders unter Admiral Villamil wird als wahrschein- lich bezeichnet.

Washington, 18. Mai. In der Kammer wird der Bericht des Ausschusses des Auswärtigen vorgelegt, in welchem die Annexion von Hawaii durch die Unionsstaaten vorgeschlagen wird. Der Bericht hebt die Bedeutung der so- fortigen Annexion hervor, damit die Insel nicht unter die Herrschaft Japans komme. Diese Annexion stimme mit einem früheren Abkommen überein, nach welchem irgend eine europäische Macht die Einmischung in die Angelegenheiten des amerikanischen Contingents und der benachbarten Inseln unterliegt und keinerlei Beschränkungen den Unionsstaaten auferlegt werden.

Washington, 18. Mai. (S. T. B.) Die Meldung, daß die aus Ferrol abkommene spanische Schiffs- Division mit der Escadre des Admirals Cervera sich vereinigt hat, hat hier große Verwirrung hervorgerufen. Es wurde dieserhalb Befehl ertheilt, daß die Geschwader Sampson's und Schley's sich sofort wieder zu vereinigen haben, um der spanischen Flotte das Ein- laufen in den Hafen von Havana unmöglich zu machen.

Newyork, 18. Mai. (S. T. B.) Die Re- gierung befindet sich in großer Verlegenheit wegen des Mangels an kommandofähigen Generalen und Offizieren; mehrere derselben mußten wegen Unfähigkeit ihrer Kommandostellen entbunden werden.

Merseburger Correspondent.

Erscheint täglich

mit Ausnahme der Tage nach dem Sonn- und Feiertagen) früh 7 1/2 Uhr. Telephonisch Nr. 8.

Regelmäßige Beilagen:

Illustriertes Sonntagsblatt, Mode und Seim, Landwirtschaftliche und Handels-Beilage.

Abonnementspreis

für das Quartal: 1 Mark bei Abholung, 1 Mark 20 Pf. durch den Fernträger, 1 Mark 25 Pf. durch die Post.

Nr. 116.

Donnerstag den 19. Mai.

1898.

Des Himmelfahrtstages wegen erscheint die nächste Nummer unseres Blattes Sonnabends, 21. Mai. Die Expedition.

Freiheit der Wahlbeeinflussung.

In dem Bericht der Wahlprüfungskommission des Reichstags über die Ergebnisse der Wahlprüfungen in der letzten Legislaturperiode sind die für das Wahlergebnis erheblichen Grundzüge zusammengestellt, über welche die Kommission und der Reichstag sich bei der Beurteilung der Verträge gegen Bestimmungen des Wahlgesetzes und des Wahlreglements geeinigt haben. Die „Hamb. Nachr.“ unternehmen es, diese Grundzüge zu prüfen, obgleich sie selbst eingestehen, daß der Reichstag selbst in dieser Frage letzte Instanz ist und voraussichtlich der nächste Reichstag an diesen Grundzügen festhalten werde. Zumindest das der Fall ist, bleibt abzuwarten. Sollten die Auffassungen, welche namentlich, soweit die Beteiligung der Beamten an dem Wahlkampf in Frage kommt, die „Hamb. Nachr.“ vertreten, im Reichstage zur Geltung kommen, was bei dem Siege der agrarischen Reaction unabweisbar der Fall sein würde, so wäre es mit der Wahlfreiheit in Deutschland oder wenigstens in Preußen zu Ende. Denn das Hamburger Blatt vertritt, und zwar unter Berufung auf den tgl. Erlass vom 4. Januar 1882, nicht die Freiheit der Wahl, sondern die „Freiheit der Wahlbeeinflussung“ nicht nur durch die Arbeitgeber, sondern — was die Hauptsache ist — durch die Staatsbeamten. „Freiheit der Wahlbeeinflussung, so wird behauptet, sei das Corollar des allgemeinen Wahlrechts und ebenso sei es ein „unantastbares Menschenrecht“ andere zu beeinflussen oder sich von anderen beeinflussen zu lassen“. Hier wird eine moralische Beeinflussung des einen Wählers durch einen anderen vermittels Darlegung von Gründen verwechselt mit der Beeinflussung von Arbeitern durch Androhung von Entlassung oder Wohnungskündigung oder von Ehrenlosigkeit seitens der Arbeitgeber, sowie durch Controlirung der Abstammung seitens einer Aufsichtsperson durch Begleiten bis zum Wahlloos oder durch Begleiten bis zum Wahlstimmer sowie durch die Androhung, die Stimmzettel hochzuhalten oder in einer bestimmten Hand zu tragen. Dem Beweise für diese Auffassung hat sich das Hamburger Blatt sehr leicht gemacht. Weil die in Rede stehenden Vorkommnisse nicht durch das Strafgesetzbuch für strafbar erklärt worden sind, sollen sie zwar bedauerlich oder verwerflich sein; unstatthaft sollen nur solche Mittel sein, deren Anwendung gesetzlich verboten! Wäre das richtig, so würde das Wahlgesetz in allen seinen Bestimmungen preisgegeben; an die Stelle der Wahlordnung würde die vollkommene Wahlanarchie treten. Gleiche Vorbehalte macht das Hamburger Blatt gegen den Grundzug der Wahlprüfungskommission des Reichstags, daß es eine unzulässige Beeinflussung sei, wenn Landräthe Wahlaufrufe zu Gunsten einer bestimmten Partei oder eines bestimmten Candidaten unter Beifügung ihres Amtescharakters unterzeichnen, wenn sie Gemeinden oder Privatpersonen Vortheile oder umgekehrt Nachtheile in Aussicht stellen, wenn sie in Kreis- und Gemeindeversammlungen oder in Circularen für oder gegen einen Candidaten Stellung nehmen u. s. w. Die Auffassung sei unhaltbar und stehe in flagrantem Widerspruch zu dem bekannten Erlass Kaiser Wilhelm I., wonach Verwaltungsbeamte zur Vertretung der Regierungspolitik verpflichtet sind. Eine Zeitung, die dem Fürsten Bismarck so nahe steht, sollte in dieser

Hinsicht besser informiert sein. Der Erlass des Königs Wilhelm I. von 1882 trägt die Gegenzeichnung des Fürsten Bismarck und dieser hat als authentischer Interpret desselben in der Reichstags-Sitzung vom 24. Januar die Worte des Erlasses, die politischen Beamten hätten die Politik der Regierung zu vertreten, also interpretirt: „Ich verstehe darunter, sagte Fürst Bismarck, daß ein politischer Beamter bei aller Freiheit der Wahl, wenn er z. B. fortschrittlich wählen wollte, doch der Verpflichtung nicht überhoben wäre, Fragen, was ich vorhin „politische Brunnenergüßung“ nannte, zu widerlegen nach seinem besten Gewissen, und wenn es ein Mann von Ehre ist und von Gewissen, so wird er das wahrscheinlich thun und sagen: ich gehe nicht zu der Partei der Regierung, ich bin gegen sie, aber das ist nicht wahr, das ist eine Ubertreibung.“ Von einer Verpflichtung der Beamten, für einen regierungsfeindlichen Candidaten einzutreten, ist weder in dem Erlass selbst, noch in dem Commentar des Fürsten Bismarck zu demselben die Rede. Der Wahlprüfungskommission wird das Recht, Wahlen zu beanstanden, die mit Hilfe von Regierungsdruk zu Stande gekommen sind, nicht bestritten werden können. Im übrigen wäre es sehr wünschenswerth, wenn der Erlass vom 4. Januar 1882 den politischen Beamten ins Gedächtniß zurückgerufen würde. Die Landräthe würden vollauf zu thun haben, wenn sie die falschen Behauptungen der Agrarier über die Regierungspolitik, das, was Fürst Bismarck „politische Brunnenergüßung“ nannte, öffentlich berichtigten wollten, anstatt an der Spitze der Agrarier gegen die liberalen Candidaten zu agitiren. Dazu würden die Beamten freilich erst im Stande sein, wenn man genau wüßte, welches die Politik der Regierung ist oder vielmehr, welche Minister die Regierungspolitik vertreten. Wie heute die Dinge liegen, weiß Niemand, ob der agrarische oder der liberale Candidat die Regierungspolitik repräsentirt.

Der spanisch-amerikanische Krieg.

Der „New York Tribune“ wird aus Washington berichtet, daß die spanische Regierung die amerikanische Regierung um die Freilassung zweier Correspondenten Newyorker Blätter ersprochen. Zwei kriegsgefangene spanische Offiziere werden unter weißer Flagge nach Havanna entsandt und gegen die Correspondenten ausgetauscht werden. Der zur Leitung der Philippinen-Expedition bestimmte amerikanische General Merritt scheint von dieser Ernennung wenig erbaut zu sein. Wie das „Wolffsche Bureau“ aus Newyork meldet, erklärte General Merritt am Montag in einer Unterredung, er habe, da bei der für die Philippinen bestimmten Streitmacht von 15 000 Mann nur 1000 Mann reguläre Truppen seien, und keine Zeit zum Einereignen der Freiwilligen übrig sei, weitere 4000 Mann reguläre Truppen gefordert. Den Posten des Befehlshabers über die nach den Philippinen zu sendende Expedition habe er nur unter der Bedingung angenommen, daß er über eine hinreichende Streitmacht verfüge. Die Regierung werde ihm die Sendung von mehr Regularien versprochen, in dessen Hänge bei solchen Expeditionen alles von der zuerst abgeordneten Truppenmacht ab. Gegen eine etwaige Annexion der Philippinen seitens der Unionstaaten hat sich nach einer Petersburger Meldung des „Daily Telegraph“ Japan an Rußland gewendet mit dem Gesuch, einen Protest gegen diese Annexion zu unterstützen. Die spanische Ministerkrisis hat trotz der gebotenen Eile ihre Erledigung noch nicht gefunden. Der „Voss. Ztg.“ wird aus Paris gemeldet: Nach Madrider Berichten ist die Ministerkrisis und Kabinetneubildung keineswegs von dem Hintergedanken verrückt, Friedensverhandlungen beginnen zu können; zur Zeit ist noch immer keine spanische Regierung stark genug, um wagen zu dürfen, vom Frieden auf anderer Grundlage als der des status quo zu sprechen. Die öffentliche Meinung Spaniens giebt sich in Folge der Rede Chamberlains neuen Träumereien von einem Bündnis aller feindlichen Mächte unter Rußlands Führung gegen England und America hin.

Politische Uebersicht.

Oesterreich-Ungarn. Der von der „Frankf. Ztg.“ am Montag Abend veröffentlichte sensationelle „Staatsvertrag“ zwischen Rußland und Oesterreich wird heute bereits von offiziöser Stelle als vollständig erfunden bezeichnet. Auch die Wiener „Neue Fr. Pr.“, die mit dem Auswärtigen Amte gute Beziehungen unterhält, sagt: Das Ergebnis der Aussprachen des Kaisers Franz Josef mit dem Zaren und des Grafen Solowjow mit dem Grafen Murawiew im April v. J. in Petersburg sei gewesen, daß zwischen Oesterreich-Ungarn und Rußland ein unüberbrückbarer Interessengegensatz nicht bestehe, daß die beiden großen Monarchien die Erhaltung des Friedens auf Grundlage des status quo auf der Balkanhalbinsel anstreben und zu diesem Behufe gemeinsam vorgehen wollen. Die so herbeigeführte „Entente“ sei an keinerlei Frist gebunden. Da ein Staatsvertrag nicht bestehe, könne darin natürlich auch keine Abgrenzung der Interessensphären erfolgt sein, ein Gedanke, der in einem viel früheren Zeitabschnitte aufgetaucht sei.

Italien. In Italien „hält die Anhe im ganzen Königreich an“. Der sozialistische Abgeordnete Beselli hatte auch am Montag den Monte Citorio noch nicht verlassen. — In Mailand sind die Skapuzinermönche, welche nach einem Sturm auf ihr Kloster verhaftet waren, vollständig außer gerichtliche Verfolgung gesetzt worden. Die Zahl der Todten in Mailand wird auf 78 angegeben, wovon 8 noch nicht erkannt sind, darunter befinden sich 10 Frauen, 2 Kinder unter 10 und 6 unter 15 Jahren, 10 unter 20 Jahren. — In Pontechiasso traf am